

Wilde Rhetorik, milde Realität im Sektenkrieg

Washington ermahnt Bonn, Menschen 'nicht wegen falschen Denkens zu belangen'

Von Josef Joffe

Jeder vernünftig abwägende Mensch muß bei 'Scientology' in einen quälenden Zwierspalt geraten. Auf der einen Seite steht eine Organisation, die keinesfalls Wohlwollen oder auch nur Gleichgültigkeit erzeugt; sie verbreitet wirre Dogmen, bekämpft ihre Gegner mit einer Mischung aus Eiseskälte und schier unbegrenzten Mitteln, beutet anscheinend ihre Mitglieder finanziell wie psychisch aus.

Auf der anderen Seite steht das heilige Prinzip der Religionsfreiheit, das der Alte Fritz noch am prägnantesten formuliert hat: Jeder möge nach seiner Façon selig werden. Heute muß man hinzufügen: Es ist nicht Sache des liberalen Staates zu bestimmen, was eine 'richtige' und eine 'falsche' Religion sei, was 'Kirche' und was 'Wirtschaftsunternehmen'.

Auf einem ähnlichen Grat wandelt auch die amerikanische Regierung gegenüber Bonn. Einerseits: Am heutigen Mittwoch wird der Menschenrechtsbericht des State Department veröffentlicht. Seit 1993 hat der eher Milde zum Verhältnis 'Deutschland -

Scientology' angemerkt; diesmal ist die Sprache schärfer geworden. Der Bericht, so ein hoher Beamter, werde die Deutschen tadeln: wegen einer 'Kampagne der Belästigung und Einschüchterung'. Washington habe Bonn ganz offiziell gebeten, 'Menschen nicht wegen falschen Denkens zu belangen'. Da aber die Bundesrepublik der wichtigste Verbündete ist, hat Außenamtssprecher Nicholas Burns gleich hinzugefügt, es gebe keine 'Krise'. Überdies werte er als 'skandalös', was die Sekte seit Jahren in Anzeigen zu suggerieren versucht: daß die Bundesrepublik sich gegenüber den Scientologen so verhalte wie Nazi-Deutschland gegenüber den Juden.

Man dürfe, so Burns, aber Menschen nicht wegen bloßer Zugehörigkeit diskriminieren; relevant seien nur 'ihre Taten'. Da hat der Mann recht, ganz gleich wie abscheulich die Sekte auch sein mag. In einem liberalen Staat dürfen nicht Denken oder Glauben verfolgt werden, sondern nur strafwürdige Handlungen. Schade, daß ein Einpeitscher wie Bernd Protzner, der CSU-Generalsekretär, diese kritische Unterscheidung offenbar nicht versteht. Der Schnellschütze ließ gleich wissen,

daß 'einflußreiche Kreise' im US- Außenamt der 'Hetzkampagne gegen Deutschland aufsitzen und sich von der Sekte instrumentalisieren lassen'.

Grobes Geschütz hier, obszöne Vergleiche dort; man könnte wähen, daß die Bayern und die Scientologen gefundenes Fressen füreinander seien. Wer hinter der großkalibrigen Rhetorik nach den Realitäten stöbert, bemerkt, daß zwar die Bayern Fragebögen an öffentliche Bewerber verteilen (was diskriminierend genug ist), aber noch kein Scientologe einen öffentlichen Job verloren oder nicht bekommen hat. Die Innenministerkonferenz hat im Herbst zugegeben, daß es wegen Beweismangels keine rechtliche Handhabung gegen Scientology gebe. Selbst Bayerns Innenminister Beckstein ahnt wohl, daß weitergehende Schritte an den Verwaltungsgerichten scheitern würden.

Wird deshalb die Rhetorik immer wilder? Ganz so wohlfeil wäre sie nicht mehr, wenn dadurch das Verhältnis zu Washington beschädigt würde. Das wäre zuviel der Ehre für die Sekte.